

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau** der Stadt Burgdorf am **07.12.2021** im Veranstaltungszentrum StadtHaus, Sorgenser Str. 31, 31303 Burgdorf

19.WP/A-USB/003

Beginn öffentlicher Teil: 17:05 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 20:57 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 20:56 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 21:14 Uhr

Anwesend: **Bürgermeister**

Pollehn, Armin

Vorsitzender

Paul, Matthias

Mitglied/Mitglieder

Degro, Johanna
Heller, Simone für Thöner, Dagmar
Kaefer, Volkhard, Dr.
Köneke, Klaus
Palandt, Jens
Schweer, Cord-Heinrich
Sieke, Oliver
Voß, Gabriele

Grundmandatar/e

Fleischmann, Michael
Vehling, Karl-Heinz,
Dr.

Beratende/s Mitglied/er

Steinbeck-Behrens,
Cord
Vollgold, Matthias

Gast/Gäste

Grieshop, Stefan
Haacke, Achim
Kubersky, Ulrike

Verwaltung

Borchers, Insa
Fäßler, Sabine
Fischer, Andreas
Krüger, Volker
Kugel, Michael
Raue, Nicole zu TOP 6
Weddige, Frauke

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Ergebnisse der Potenzialflächenanalyse Wind
Vorstellung des Plankonzepts
Bezugsvorlagen: M 2020 1380 und M 2021 1531
Vorlage: M 2021 0078

Einwohnerfragestunde
3. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau am 15.11.2021
4. Mitteilungen des Bürgermeisters
- 4.1. Strategie bei der Auswahl von Gehölzpflanzungen im Öffentlichen Raum
Vorlage: M 2021 1612/1
- 4.2. Maßnahmenplan zur Ausrüstung der Kindertageseinrichtungen mit raumluftechnischen Anlagen, Erhalt der Zuwendungsbescheide für Corona-gerechte stationäre raumluftechnische Anlagen
Vorlage: M 2021 1711/2
- 4.3. Telekom plant 5G am Mobilfunkstandort Raiffeisen
Vorlage: M 2021 0083
5. Bebauungsplan Nr. 0-95 "Carree Quartier"
- Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB
Vorlage: BV 2021 1755
6. Nutzungskonzept Rathaus I
Vorlage: BV 2021 0075
7. Sofortprogramm "Perspektive Innenstadt"
- Beschluss über durchzuführende Projekte
- Beschluss zur Leistung eines außerplanmäßigen Aufwands / einer außerplanmäßigen Auszahlung
Vorlage: BV 2021 1758
- 7.1. Sofortprogramm "Perspektive Innenstadt"
- Beschluss über durchzuführende Projekte
- Beschluss zur Leistung eines außerplanmäßigen Aufwands / einer außerplanmäßigen Auszahlung
Vorlage: BV 2021 1758/1
8. "Kosten beim IGS-Neubau im Griff behalten", Antrag gem. Geschäftsordnung der Fraktion DIE LINKE vom 09.11.2021
Vorlage: A 2021 0071
9. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

- 9.1. Anfrage der SPD-Fraktion zum Sachstand Klärschlamm Entsorgung
Vorlage: F 2021 0061
10. Anregungen an die Verwaltung
- Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Um 17.05 Uhr eröffnete **Herr Paul** die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau fest. Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau genehmigten die Tagesordnung in der Fassung der Einladung vom 25.11.21 einstimmig.

2. Ergebnisse der Potenzialflächenanalyse Wind Vorstellung des Plankonzepts Bezugsvorlagen: M 2020 1380 und M 2021 1531 Vorlage: M 2021 0078

Frau Borchers führte in den bisherigen Verfahrensablauf und die Thematik ein. Sie verwies darauf, dass der Vortrag der heutigen Sitzung im Januar/ Februar nochmals online gestellt werde, um interessierten Bürgern die Möglichkeit zu geben, sich zu informieren.

Frau Kubersky von der PlanGis erläuterte die Analyse und das anschließende Verfahren anhand einer Präsentation. Diese Präsentation ist dem Protokoll nochmals in der Anlage beigefügt.

Herr Dr. Kaever begrüßte den Vortrag und bedauerte, dass die Bundeswehr erst spät eingebunden werden könne. Er bat um Auskunft, ob die Belange des Kaltluftentstehungsgebietes bei Hülptingsen gleichzeitig mit dem zuerst zu untersuchenden Artenschutz geprüft werden könne.

Frau Kubersky erläuterte, dass dieses erst Gegenstand der Einzelabwägung sei.

Auf die Fragen von **Herrn Gawlik**, ob es sich bei den genannten Richtfunktrassen um Anlagen der Flugsicherung handele und wie die Kriterien über das Stadtgebiet verteilt seien, wo sich weiche Tabuzonen befänden, erklärte **Frau Kubersky** dass es sich bei den Trassen auch um Anlagen der Flugsicherung handele, diese würden ebenfalls in die Einzelabwägung einfließen. Wo welche Kriterien über das Stadtgebiet verteilt seien, könne man jetzt noch nicht abschließend beantworten. Die im Vortrag aufgezeigten Kriterien seien zunächst nur als Information gedacht. Dies könne erst zu einem deutlich späteren Zeitpunkt erläutert werden, da zunächst festgestellt werden müsse, ob der Windkraft im Stadtgebiet „substanziell Raum“ gegeben werde.

Herr Palandt befürwortete die frühe Einbindung der Politik und der Bürger und warnte davor nicht zu planen. Keine Planung bedeute, dass Wildwuchs entstehe

den man nicht wolle.

Herr Köneke regte an, die Fläche 15, welche am Rande des Stadtgebietes zu Lehrte gelegen sei und nicht die erforderliche Größe aufweise, gemeinsam mit der Stadt Lehrte „auf der anderen Seite“ zu beplanen.

Herr Pollehn erwiderte hierauf, dass diese Fläche bereits im Fokus der Treffen der Bürgermeister des Ostkreises gelegen habe, aber verworfen worden sei, da sie in einem militärischen Flugbereich liege.

Einwohnerfragestunde

Herr Paul schloss um 18.07 Uhr die Beratung des Top 2 und eröffnete um 18.09 Uhr eine zusätzliche Einwohnerfragestunde.

Ein Einwohner aus Immensen kritisierte die Aussage von **Herrn Dr. Kaefer**, bei der Bewertung die Kaltluftentstehungszone vor Hülptingsen möglichst frühzeitig zu berücksichtigen. Dies erinnere ihn an das St. Florians-Prinzip. Es sei nicht angebracht, stadteigene Interessen dem übergeordneten Bemühen die Erderwärmung zu begrenzen, voranzustellen.

Herr Dr. Kaefer antwortete hierauf, dass man diese Frage zu einem späteren Zeitpunkt im Detail besprechen werde, es aber erwiesen sei, dass gerade Kaltluftentstehungsgebiete wichtig für die klimatischen Verhältnisse einer Stadt seien.

Ein **Einwohner aus Hülptingsen** bat um genaue Auskunft zur Lage des militärischen Tieffluggebietes im Bereich von Immensen.

Bürgermeister Pollehn antwortete hierauf, dass er hierzu keine Angaben machen könne, da diese Information als militärisches Geheimnis unter Verschluss liege.

Ein **weiterer Einwohner** bat um Auskunft, ob die für Burgdorf entwickelten weichen Tabuzonen vergleichbar mit denen anderer Gemeinden sei, ob die Zielmarke des LROP von 7,00 % eingehalten werden könne.

Frau Kubersky erklärte, dass die weichen Tabuzonen nicht einfach „ausgedacht“ werden könnten und man diese schon sehr stark begründen müsse. Daher fielen die weichen Tabuzonen nicht so sehr anders aus als bei anderen Gemeinden. Der genannte Wert von 7% sei die Vorgabe des LROP für die Träger der Regionalplanung. Diese könne nicht auf die Kommunen heruntergebrochen werden.

Die weitere Frage **des Einwohners**, ob man für das bereits vorhandene Gebiet in Ehlershausen auf die Höhenbegrenzung verzichten wolle, bejahte **Frau Kubersky** im Grundsatz. Auch diese Flächen müssten im weiteren Verfahren genauer untersucht werden..

Eine **Einwohnerin aus Hülptingsen** befürchtete, dass die Ausweisung von Vorrangstandorten zu Lasten des Naturschutzes gehen werde, wenn man zu dem Ergebnis komme, dass der Windenergie nicht potenziell ausreichend Raum gegeben werde und eine erneute Abwägung erfolgen müsse.

Frau Kubersky führte aus, dass der Naturschutz ein hartes Kriterium sei und dieses nicht im Weg der Abwägung entfallen könne.

Herr Paul beendete die Einwohnerfragestunde um 18.26 Uhr und unterbrach die Sitzung.

3. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau am 15.11.2021

Das Protokoll lag noch nicht vor.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Paul setzte die Sitzung um 18.32 Uhr fort.

Herr Krüger teilte mit, dass sich die Kommunalrichtlinie zum 01.01.2022 ändere und damit auch die Förderung von Klimaschutzkonzepten durch das Bundesumweltministerium. Bisher seien Arbeiten zur Aktualisierung von vorhandenen Klimaschutzkonzepten nicht förderfähig gewesen. Ab dem Jahr 2022 könnten sogenannte integrierte Vorreiterkonzepte finanziell gefördert werden. Die Stadt Burgdorf prüfe deswegen in Bezug auf Punkt 2 „Klimaschutz Aktionsprogramm“ des Ratsbeschlusses „Klimaschutz als kommunale Aufgabe“ vom Juli 2021 in 2022 einen entsprechenden Förderantrag zu stellen und ein Vorreiterkonzept mit externer Unterstützung (Ausschreibung der Leistungen) erstellen zu lassen. Auch eine Abstimmung bzw. Zusammenarbeit mit der Region Hannover (u.a. bei der Bilanzierung) sei geplant.

**4.1. Strategie bei der Auswahl von Gehölzpflanzungen im Öffentlichen Raum
Vorlage: M 2021 1612/1**

Ergänzende Nachfragen wurden nicht gestellt.
Die Ausschussmitglieder nahmen die Vorlage zur Kenntnis.

4.2. Maßnahmenplan zur Ausrüstung der Kindertageseinrichtungen mit

raumluftechnischen Anlagen, Erhalt der Zuwendungsbescheide für Corona-gerechte stationäre raumluftechnische Anlagen
Vorlage: M 2021 1711/2

Ergänzende Nachfragen wurden nicht gestellt.
Die Ausschussmitglieder nahmen die Vorlage zur Kenntnis.

4.3. Telekom plant 5G am Mobilfunkstandort Raiffeisen
Vorlage: M 2021 0083

Frau Borchers bat um eine Meinungsäußerung, ob die Politik weiterhin über die Umwandlung vorhandener Standorte in 5G-Standorte informiert werden sollte.

Herr Fleischmann sprach sich dafür aus und bat insbesondere um Auskunft in welchem Frequenzbereich die Anlagen arbeiten. **Frau Borchers** sagte eine entsprechende Antwort über das Protokoll zu. *(Antwort der Verwaltung: Die Telekom betreibt den Standort bereit zum gegenwärtigen Zeitpunkt 5G auf der 2,1GHz Frequenz. Zur Verbesserung des stark angefragten Standortes wird der Aufbau und die Einschaltung von 5G auf der 3,6GHz Frequenz geplant.)*

Herr Paul sah es als ausreichend an, nur über neue Standorte informiert zu werden.

Herr Paul ließ über die Alternativen abstimmen.

Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau stimmten einstimmig gegen die Fortsetzung des bisherigen Verfahrens.

Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau stimmten einstimmig dafür zukünftig nur über die Neuerrichtung von Anlagen unterrichtet zu werden.

5. Bebauungsplan Nr. 0-95 "Carree Quartier"
- Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB
Vorlage: BV 2021 1755

Herr Haacke sowie der von ihm beauftragte **Architekt Herr Grieshop** erläuterten ausführlich die im Plangebiet vorgesehene Bebauung. Zu der Frage von **Herrn Fleischmann** nach den voraussichtlichen Miethöhen und dem Anteil der Sozialwohnungen erklärte **Herr Haacke**, dass zu den Miethöhen derzeit noch keine konkreten Aussagen getroffen werden könnten. In jedem Fall wären die Wohnungen aufgrund der geringen Größen und des Wärmekonzeptes (ohne fossile Energieträger) bezahlbar. Hinsichtlich der Errichtung

von Sozialwohnungen habe man Gespräche mit den zuständigen Stellen der Region und der Stadt Burgdorf geführt. **Herr Fleischmann** erneuerte daraufhin seine Forderung nach einem Anteil von 25 % Sozialwohnungen im Plangebiet. **Herr Dr. Vehling** bat um Auskunft warum man ein konventionelles Verfahren gewählt und sich nicht für die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes entschieden habe, da dieser für die Stadt keine Planungskosten/ Verwaltungskosten verursache.

Frau Borchers erklärte, dass die Stadt mit dem Investor einen Planungskostenübernahmevertrag abschließen werde. **Herr Haacke** ergänzte, dass insoweit keine infrastrukturellen Folgekosten zu erwarten seien da man das Augenmerk auf Single- /Starterwohnungen und altengerechtes Wohnen gerichtet habe und dementsprechend kein zusätzlicher Kitabedarf entstehen werde.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder fassten einstimmig den folgenden empfehlenden Beschluss:

Für den in Anlage 1 dargestellten Geltungsbereich wird die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 0-95 „Carree Quartier“ beschlossen (Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 BauGB).

6. Nutzungskonzept Rathaus I Vorlage: BV 2021 0075

Frau Raue erläuterte die Vorlage.

Herr Köneke zeigte sich überrascht von der Vorlage und dem Vorschlag der Verwaltung. Die für die Sanierung entstehenden Kosten seien nur dann zu rechtfertigen, wenn dafür Arbeitsplätze entstünden. Weiterhin bat **Herr Köneke** um Angaben zu der Nutzung des Dachgeschosses, in dem eigentlich 12 Arbeitsplätze vorgesehen gewesen seien. Wäre dies nicht der Fall, würde sich der Einbau des Treppenhauses nicht rentieren. Es stelle sich die Frage, ob es nicht möglich sei, die Mitarbeiter des Rathauses V zurück in dieses Rathaus zu verlegen. **Herr Köneke** forderte die Verwaltung auf, die Planung mit dem Ziel mehr Arbeitsplätze zu schaffen ohne andere Nutzungen zu vernachlässigen, zu überarbeiten.

Frau Raue erläuterte, dass der Bereich der Jugendpflege und-verwaltung sowie der Schul- und Kulturbereich mittlerweile derart gewachsen sei, dass diese Mitarbeiter zahlenmäßig in keinem Fall mehr im Rathaus I untergebracht werden könnten.

Herr Dr. Vehling wertete das Rathaus I als „architektonisches Schmuckstück“ der Innenstadt welches man für Bürger und Bürgerinnen und auch Besucher erlebbar machen müsse. Diesem entspreche die Vorzugsvariante der Verwaltung. **Herr Dr. Kaefer** schloss sich diesen Ausführungen an und regte an, im Rathaus I auch eine Anlaufstelle für den Ehrenamtskoordinator zu schaffen.

Frau Heller schloss sich ebenfalls dem Vorschlag der Verwaltung an.

Auch **Herr Schweer** favorisierte diese Alternative, wünschte sich jedoch eine detailliertere Darstellung der möglichen Nutzungen für Bürger/innen. Er regte vor dem Hintergrund des Mobilitätskonzeptes an, zu überdenken welche Abteilungen man in dieses Rathaus setzen werde, um deren Erreichbarkeit zu gewährleisten.

Herr Schweer sprach sich dafür aus, die weitere Beratung zu vertagen,

zunächst die Präzisierung durch die Verwaltung abzuwarten und dann erneut über die Vorlage zu beraten

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder stimmten mit sieben Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen für die Vertagung der Vorlage und die Präzisierung der in der Variante 1 dargestellten Nutzungen durch die Verwaltung.

7. Sofortprogramm "Perspektive Innenstadt"
- Beschluss über durchzuführende Projekte
- Beschluss zur Leistung eines außerplanmäßigen Aufwands / einer außerplanmäßigen Auszahlung
Vorlage: BV 2021 1758

Frau Fäßler erläuterte die Vorlagen.

Sie betonte, dass bis zum 30.06.22 alle Anträge für die beschriebenen Projekte gestellt werden müssten, da sonst die Förderung entfalle. Dies bedeute, dass der Ausschuss in der heutigen Sitzung und der Rat in der Sitzung am 16.12. über diese zu beschließen habe.

Bürgermeister Pollehn wies darauf hin, dass die Stadt sich damit auf diese Projekte festlege.

Auf die Frage von **Herrn Sieke**, ob die Töpfe der Budgets im Verfahren geändert werden könnten, erwiderte Frau Fäßler, dass dies bedeute, dass es sich um neue Projekte handele und diese neu durch den Rat zu beschließen seien.

Herr Palandt erbat weitere Informationen zum städtebaulichen Rahmenplan. Seiner Ansicht nach, sei es vor allem notwendig ein vertiefendes Konzept zum Spittaplatz zu erstellen um die Achse RH I – Spittaplatz – Schloss zu stärken. Gegebenenfalls sollten hierfür Gelder aus dem Budget des SMB abgezogen werden.

Frau Fäßler und **Frau Borchers** führten aus, dass die Betrachtung des Spittaplatzes Teil des städtebaulichen Rahmenplanes sei. Die zugesagten Fördergelder böten die Chance, diesen vorzuziehen und bereits für die Städtebauförderung vorzuhalten. Für daraus resultierende Maßnahmen zur Aufwertung dieses Platzes könne man bis zum 30.06.22 keine detaillierte Planung erarbeiten, um die hier zur Rede stehenden Fördergelder entsprechend zu nutzen.

Herr Fleischmann bezweifelte, dass die dargestellten Projekte zur Stärkung der Innenstadt ausreichten, zumal die Gastronomie aufgrund der Corona-Krise bereits stark geschwächt sei.

Frau Voß bat um Erläuterungen zu den Veranstaltungen des SMB zur Stärkung der Innenstadt und stellte den Antrag, dass der SMB dem Rat darlegen solle, wie die Mittel verwendet würden.

Herr Dr. Vehling sah es als absurd an, dass allein 230.000,- € für Planungen ausgegeben würden und dafür nichts in der Innenstadt „passiere“.

Herr Paul ließ zunächst über den von **Frau Voß** gestellten Antrag abstimmen. Die Ausschussmitglieder stimmten einstimmig dafür durch den SMB im Rat darlegen zu lassen, für welche Maßnahmen die ihm zugeteilten Mittel verwendet werden.

Anschließend ließ **Herr Paul** über die Punkte 1 und 2 des Beschlussvorschlages abstimmen.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder fassten einstimmig den folgenden empfehlenden Beschluss:

- 1. Es wird beschlossen, die im Sachverhalt unter dem Punkt 2 dargestellten Projekte im Rahmen des Förderprogramms „Perspektive Innenstadt!“ umzusetzen.**
- 2. Der Rat stimmt gemäß § 117 Abs. 1 NKomVG i.V.m. § 58 Abs. 1 Nr. 9 NKomVG dem außerplanmäßigen Aufwand / der außerplanmäßigen Auszahlung für Projekte der Stadt in Höhe von 30.000,00 € bei den neuen Produktkonten 55100.427101 / 55100.727101 (Spielplatzkonzept) zu.**

- 7.1. Sofortprogramm "Perspektive Innenstadt"**
- **Beschluss über durchzuführende Projekte**
- **Beschluss zur Leistung eines außerplanmäßigen Aufwands / einer außerplanmäßigen Auszahlung**
Vorlage: BV 2021 1758/1
-

Siehe TOP 7.

Beschluss: Siehe TOP 7.

- 8. "Kosten beim IGS-Neubau im Griff behalten", Antrag gem. Geschäftsordnung der Fraktion DIE LINKE vom 09.11.2021**
Vorlage: A 2021 0071
-

Herr Fleischmann erläuterte ausführlich den Antrag seiner Fraktion.
Herr Fischer erwiderte hierauf, dass die genannten Leistungen durch Subunternehmer des Totalunternehmers ausgeführt würden. Da die Stadt nicht Vertragspartner dieser Unternehmer sei, mache ein Compliance Beauftragter keinen Sinn.

Beschluss:
Die Ausschussmitglieder lehnten den Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 09.11.2021 einstimmig ab.

- 9. Anfragen gemäß Geschäftsordnung**
-

- 9.1. Anfrage der SPD-Fraktion zum Sachstand Klärschlamm Entsorgung**
Vorlage: F 2021 0061
-

Es wurden keine ergänzenden Nachfragen gestellt.

Frau Voß erklärte, dass die Verwaltung die Anfrage vollständig und gut be-

antwortet habe.

10. Anregungen an die Verwaltung

Es wurden keine Anregungen vorgetragen.

Einwohnerfragestunde

Herr Paul eröffnete die Einwohnerfragestunde um 20.56 Uhr.
Es wurden keine Fragen vorgetragen.

Herr Paul schloss die Einwohnerfragestunde um 20.56 Uhr.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ausschussvorsitzender

Protokollführerin